SERBIEN

„Er soll sich endlich stellen“

Rasim Ljajić, Vorsitzender des Nationalen Rats für die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal, über die Auslieferung von Radovan Karadžić und die Suche nach General Ratko Mladić


DARKO VOJINOVIC / AP

Ljajić, 44, derzeit Arbeitsminister, ist der heute prominenteste muslimische Politiker Serbiens; er übernahm seit Miloševićs Sturz im Herbst 2000 verschiedene Regierungsämter. Im Gegensatz zu manchen Kabinettskollegen hat er sich stets für die Verhaftung der flüchtigen Kriegsverbrecher eingesetzt – und sie in Serbien vermutet.

SPIEGEL: Herr Minister, Sie werden – ebenso wie Präsident Boris Tadić – wegen der Auslieferung von Radovan Karadžić an das Haager Kriegsverbrecher-Tribunal mit Morddrohungen überhäuft, Sie können Ihr Haus seit zwei Wochen nicht mehr verlassen. Von wem kommen die Warnungen?

Ljajić: Aus Deutschland, Holland, Belgien, Österreich und Bosnien.

SPIEGEL: Von Exil-Serben, wie man vermuten darf.

Ljajić: Unsere Polizei versucht jetzt, in Zusammenarbeit mit den Behörden dieser Länder, alle bei mir eingegangenen Anrufe zu überprüfen. Mir scheint, dass es sich um sehr ernsthafte Drohungen organisierter Gruppen handelt.

SPIEGEL: Sie meinen die „Anti-Haag-Lobby“, jene Leute also, die schon 2003 hinter der Ermordung des proeuropäischen Premiers Zoran Djindjić steckten.

Ljajić: Die Anrufer kennen alle Details meiner Familie und wissen sogar, dass mein Bruder vor drei Jahren gestorben ist. Wenn ich so weitermache, drohten sie, würde ich ihm in Kürze Gesellschaft leisten.

SPIEGEL: Hinter den Anrufen könnten Gefolgsleute des noch flüchtigen bosnisch-serbischen Militärchefs Mladić stecken, um die Suche nach ihm zu stoppen.

Ljajić: Ungeachtet aller Drohungen werden wir die Suche fortsetzen. Es ist in unserem Interesse, dieses Problem so schnell wie möglich vom Tisch zu haben. Karadžićs Verhaftung hat bewiesen, jede Tarnung und jedes Versteck fliegen eines Tages auf. Es wäre besser für unser Land, für Mladić und für seine Familie, wenn er sich endlich freiwillig stellen würde.

SPIEGEL: Die Regierung hat ein psychologisches Profil von ihm anfertigen lassen. Darin steht, er werde sich niemals ergeben.

Ljajić: Das trifft wahrscheinlich so zu.

SPIEGEL: Nun hat es aber in den vergangenen zwölf Jahren genügend Gelegenheiten gegeben, ihn zu verhaften. Warum wurden die nicht genutzt, obwohl Mladić sich ohne veränderte Identität an zahlreichen öffentlichen Plätzen zeigte?

Ljajić: Bis 2000 hat ihn niemand ernsthaft gesucht. Und nach der Auslieferung Slobodan Miloševićs im Juni 2001 hat unsere Regierung gedacht, dass wir bis zur Konsolidierung der neuen demokratischen Regierung eine Atempause hätten. Mladić versteckte sich damals in verschiedenen Militärobjekten, und wir fürchteten, dass es im Falle seiner Verhaftung zu einer Auseinandersetzung zwischen Armee und Polizei kommen würde. Vom 1. Juni 2002 bis Ende 2005 suchte er in drei Militärobjekten und zahlreichen Bel-


XINHUA / GAMMA / EYEDEA / STUDIO X

Angeklagter Karadžić in Den Haag (am 31. Juli)
„Kein einziges Bild traf auch nur annähernd zu“

grader Wohnungen Unterschlupf. Dies erfuhren wir leider erst im Nachhinein.

SPIEGEL: Drei Militärobjekte und zahlreiche Wohnungen – so etwas kann doch nicht verborgen bleiben.

Ljajić: Von seinen Verstecken bei den Militärs wussten viele Leute. Aber sie haben – wegen massiver Drohungen, aber auch aus Überzeugung – ihren Mund gehalten. Mladićs Aufenthalt in Belgrad war dagegen nur wenigen bekannt.

SPIEGEL: Mittlerweile gilt als sicher, dass Karadžić drei Tage vor jenem Datum verhaftet wurde, das später in Belgrad offiziell genannt worden ist. Haben in- oder ausländische Geheimdienste ihn in diesem Zeitraum „bearbeitet“?

Ljajić: Ausländische Geheimdienste haben weder an der Verhaftung noch an irgendeiner „Bearbeitung“ von Karadžić teilgenommen. Aber sie hatten uns Fotomontagen zugeschickt, um zu zeigen, wie Karadžić und Mladić inzwischen aussehen könnten. Was Karadžić betrifft, waren sie ein totaler Fehlschlag, kein einziges Bild traf auch nur annähernd zu. Und was das Datum seiner Festnahme angeht: Am Morgen des 21. Juli, einem Montag, wurde uns offiziell mitgeteilt, dass man Karadžić geortet habe und er verhaftet werde. Ich habe keinen Grund, an dieser Schilderung zu zweifeln.

SPIEGEL: Mittlerweile sorgt eine angebliche Vereinbarung zwischen Karadžić und dem ehemaligen US-Sonderbeauftragten Richard Holbrooke für Aufregung. Karadžić behauptet, ihm sei 1996 Straffreiheit zugesichert worden, wenn er sich aus allen politischen Ämtern zurückziehe.

Ljajić: Wir haben mit zahlreichen Zeugen gesprochen, die diese Vereinbarung bestätigen; Dokumente, die das belegen, fanden wir bisher allerdings nicht. Tatsache ist, dass niemand in Bosnien Karadžić verhaften wollte, als er noch erreichbar war. Auch Holbrookes jetzige Überreaktion, seine allzu energische Zurückweisung der These vom beiderseitigen Deal lassen gewisse Zweifel aufkommen.

SPIEGEL: Sie werfen der EU vor, die Ultimaten zur Auslieferung der mutmaßlichen Kriegsverbrecher seien kontraproduktiv. Aber ohne Druck aus Brüssel würde Karadžić noch immer als Wunderheiler mit dem Autobus durch Belgrad fahren …

Ljajić: Serbien ist schon genügend gestraft, weil noch nicht alle Angeklagten des Tribunals in Den Haag sind. Wir verlangen keine Belohnung für Karadžićs Verhaftung, aber wir haben ein Recht auf Objektivität. Reichen seine Verhaftung und die von weiteren 43 Angeklagten nicht aus, um unsere Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit zu demonstrieren? Wir werden im eigenen Land bedroht, weil wir mit dem Tribunal kooperieren, gleichzeitig setzen uns einige EU-Länder auf die Büßerbank.

SPIEGEL: Sie haben Einsicht in das Belastungsmaterial gegen Karadžić nehmen können. Warum veröffentlicht Ihre Regierung nichts davon und zerstört so jenen Heldenmythos, den der einstige Serbenführer offenbar noch immer genießt?

Ljajić: Egal welche Schritte wir hier unternehmen würden: Nach dem Haager Freispruch des ehemaligen UÇK-Führers Haradinaj aus dem Kosovo wie auch des bosnischen Kommandanten Orić glaubt kaum jemand in Serbien an die Objektivität des Tribunals. 86 Prozent unserer Bevölkerung empfinden es als antiserbisches Gericht.

INTERVIEW: RENATE FLOTTAU